

Antrag

der Abgeordneten Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Nicola Beer, Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Bijan Djir-Sarai, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Reinhard Houben, Gyde Jensen, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Christoph Meyer, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Frank Sitta, Bettina Stark-Watzinger, Benjamin Strasser, Michael Theurer, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich und der Fraktion der FDP

Militärische Eskalation im Nahen Osten aufhalten – Neue Fluchtbewegung nach Europa verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Iran spielt eine destabilisierende Rolle im Nahen und Mittleren Osten. Seine Führung ist eine der wichtigsten Unterstützer des syrischen Regimes, der libanesischen Hisbollah und der Huthi-Miliz. Zudem versucht sie konsequent, ihren Einfluss im Nachbarstaat Irak auszubauen. Die iranische Führung treibt aktiv ein ballistisches Raketenprogramm voran. Insgesamt unterstreicht der Iran mit seinen Aktivitäten die Ambitionen des Landes als Regionalmacht. Die Nachbarstaaten und die internationale Gemeinschaft beobachten diese Entwicklung mit äußerster Sorge. Deutschland ist Freund und wichtiger Verbündeter des Staates Israel, dessen Existenzrecht und Sicherheit für die deutsche Außenpolitik nicht verhandelbar sind. Die Türkei ist Nachbarland des Iran und unser NATO-Partner; sie erwartet zu Recht verlässliche und stabilisierende Politik Deutschlands in der Region.

Am 14. Juli 2015 unterzeichneten der Iran, die fünf Vetomächte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sowie die EU und Deutschland gemeinsam den Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA). Es markiert nicht nur eine wichtige Wegmarke für die nuklearen Nichtverbreitungsbemühungen im Nahen Osten, sondern auch einen Erfolg europäischer Diplomatie, insbesondere des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD). Seit Inkrafttreten des Abkommens hat die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) ohne Ausnahme bestätigt, dass der Iran die Bedingungen vollständig erfüllt. Der JCPOA als Rüstungskontrollabkommen funktioniert. Jedoch wurde von der Bundesregierung und der Europäischen Union versäumt, nach dem erfolgreichen Abschluss des JCPOA weitere Konfliktpunkte wie das ballistische Raketenprogramm des

Iran oder die Unterstützung für schiitische Terrorgruppen in Gaza und im Libanon mit der Führung in Teheran zu thematisieren und darüber in einem ständigen Austausch mit den USA und Israel zu bleiben.

Am 8. Mai 2018 entschied US-Präsident Donald Trump, dass sich die Vereinigten Staaten aus dem JCPOA zurückziehen. Die US-Sanktionen im Zusammenhang mit dem iranischen Nuklearprogramm wurden wieder in Kraft gesetzt und verschärft. Als Grund für den Rückzug führte der US-Präsident die bereits im Wahlkampf 2016 vertretenen Kritikpunkte an. Hierzu zählen insbesondere das vom JCPOA nicht umfasste iranische Raketenprogramm, die Auslaufristen des Nuklearabkommens, die im Abkommen vereinbarten, aus Sicht des US-Präsidenten aber unzulänglichen Kontrollmöglichkeiten der IAEO-Inspektoren und die destabilisierende Rolle des Iran in der Region insgesamt. Am 8. Mai 2019 kündigte wiederum der Iran einen teilweisen Rückzug aus dem Abkommen an. Der Iran werde höhere Urananreicherung sowie Schwerwasserlagerung betreiben, falls binnen 60 Tagen keine neuen Bedingungen vereinbart würden.

Seit der Ankündigung des iranischen Ultimatums hat sich die Situation zwischen dem Iran und den USA weiter verschärft – es droht eine militärische Eskalation. Eine solche würde den Nahen Osten massiv destabilisieren, hätte für Israel unabsehbare Folgen und würde möglicherweise zu einem neuen Flüchtlingsstrom Richtung Europa führen. Europa wäre anders als die USA direkt davon betroffen, wenn wie Syrien auch der Iran zu einem Kriegsschauplatz wird. Es liegt daher im deutschen wie europäischen Interesse, eine solche Entwicklung zu verhindern.

Die Europäische Union muss deshalb alles dafür tun, um sich mit einer Stimme für eine Deeskalation der Spannungen zwischen dem Iran und den USA einzusetzen. Die Krise zeigt, dass die Europäische Union nur in der Lage sein wird, ihre Werte und Interessen erfolgreich durchzusetzen und zu verteidigen, wenn sie in ihrem Auftreten nach außen zu mehr Einigkeit gelangt. Zugleich muss die Europäische Union endlich in die Lage versetzt werden, ihre Außengrenzen wirksam und eigenständig zu schützen.

Spätestens seit der Flüchtlingskrise 2015 ist klar, dass die Umwälzungen im Nahen Osten unmittelbare Folgen für Deutschland und Europa haben. Heute halten sich allein drei Millionen afghanische Flüchtlinge im Iran auf. Der Krieg in Syrien hat zur Flucht großer Bevölkerungsteile in die Nachbarländer, aber auch nach Europa geführt. Mit dem EU-Türkei-Abkommen ist es zwar gelungen, die Flüchtlingsbewegung zu reduzieren und kriminelle Schleuseraktivitäten einzudämmen. Dennoch ist zu befürchten, dass das Abkommen dem Druck einer erneuten Flüchtlingsbewegung aus der Region nicht Stand halten könnte.

II. Der Deutsche Bundestag verurteilt:

1. die auf die Vernichtung des Staates Israel gerichtete, antisemitische Politik des Iran;
2. die gezielte Bedrohung des israelischen Staatsgebiets und der israelischen Bevölkerung durch direkte militärische Drohungen des Iran, sowie den strategischen Einsatz von Milizen und Terrorgruppen im Libanon, in Syrien, im Jemen und in Gaza;
3. die Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens durch Hochrüstung und Stellvertreterkriege;
4. die iranische Drohung, im Fall eines Scheiterns des JCPOA afghanische Flüchtlinge gezielt über die Grenze nach Europa zu leiten sowie afghanische Drogenlieferungen nach Europa durchzuleiten.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich umgehend und in enger Abstimmung mit der EU und den europäischen Partnern gegenüber dem Iran und den USA für eine diplomatische Deeskalation der Lage in der Region einzusetzen;
2. gemeinsam mit den europäischen Partnern Frankreich und Großbritannien gegenüber dem Iran mit Nachdruck eine vollständige Umsetzung des JCPOA einzufordern und jede Art von Ultimatum des Iran gegenüber den EU3+2 gemeinsam mit Russland und China zurückzuweisen;
3. die Europäische Union aufzufordern, unter Federführung des EAD schnellstmöglich aktive diplomatische Bemühungen aufzunehmen, um das JCPOA in seiner bestehenden Form zu bewahren und die Vereinigten Staaten aufzufordern, dem Abkommen wieder beizutreten;
4. sich gegenüber den europäischen Partnern dafür einzusetzen, dass die Europäische Union zeitnah mit allen Vertragsparteien ein vom JCPOA unabhängiges Abkommen zur Begrenzung und Kontrolle des ballistischen Raketenprogramms des Iran anstößt;
5. die destabilisierende Rolle des Iran in der Region auf europäischer und internationaler Ebene zu thematisieren und über Sanktionen gegen Personen, Organisationen und Unternehmen zu beraten, die aus EU-Sicht für die destabilisierende Politik verantwortlich sind;
6. sich im Fall einer militärischen Eskalation mit dem Iran klar zum Schutz Israels zu bekennen und einen konkreten Beitrag zur Stärkung der israelischen Verteidigungsfähigkeit zu leisten;
7. sich vor dem Hintergrund der zunehmenden Spannungen in der Region frühzeitig für einen Fortbestand des EU-Türkei-Abkommens einzusetzen und die Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung sowie dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) auszubauen;
8. die Anstrengungen zu erhöhen, dass das UN-Flüchtlingshilfswerk in die Lage versetzt wird, Flüchtlinge sicher und nach humanitären Gesichtspunkten zu versorgen;
9. sich gegenüber den europäischen Partnern für den Ausbau der Grenzschutzagentur Frontex von der jetzigen zwischenstaatlichen Struktur zu einer echten europäischen Grenzschutzbehörde mit eigenen Handlungsbefugnissen und Personal einzusetzen;
10. den dringend notwendigen Stellenaufbau bei Frontex schneller als bisher voranzutreiben, sich hieran mit ausreichendem Personal zu beteiligen und im öffentlichen Dienstrecht Anreize für eine Abordnung an Frontex zu setzen und eventuelle Nachteile einer Abordnung zu beseitigen;
11. sich für die Schaffung eines dauerhaft funktionierenden Gemeinsamen Europäischen Asylsystems einzusetzen, das die Dublin-Regeln weiterentwickelt, und hierbei die Regelungen, über die bereits ein Konsens auf europäischer Ebene erreicht ist, schnellstmöglich zu verabschieden. Kernelemente eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sind gemeinsame Standards und Prozesse für die Registrierung, Antragsbearbeitung und -bescheidung, ein neuer Krisenmechanismus sowie die Verteilung von Flüchtlingen nach einem verbindlichen europaweiten Verteilungsschlüssel, außer in Fällen, in denen erkennbar keine Bleibeperspektive besteht;
12. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine Sekundärmigration von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union zu verhindern, insbesondere sollen Hilfs-

leistungen im Regelfall nur noch im zuständigen EU-Mitgliedstaat gewährt werden und soll das Verfahren der Rückstellung in den zuständigen EU-Mitgliedstaat beschleunigt und vereinfacht werden;

13. sich für eine europäische Außenpolitik aus einem Guss stark zu machen. Die Hohe Vertreterin muss für alle zentralen Bereiche der europäischen Außenpolitik zuständig sein. Entscheidungen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik müssen öfter mit qualifizierter Mehrheit gefällt werden;
14. sich für den Aufbau einer europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle einzusetzen;
15. sich gemeinsam mit den europäischen Partnern noch stärker in den Bereichen der internationalen Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung zu engagieren und darauf hinzuarbeiten, dass die Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NPT) im Jahr 2020 erfolgreich sein wird und der NPT einschließlich des Zusatzprotokolls gestärkt wird;
16. zusammen mit dem Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) eine Konferenz im Nahen Osten zu initiieren, um gemeinsam mit den Staaten in der Region vertrauensbildende Maßnahmen zu entwickeln, militärische Transparenz zu schaffen und so die Stabilität in der Region wieder zu erhöhen.

Berlin, den 14. Mai 2019

Christian Lindner und Fraktion